

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktions- und Geschäftsstelle: Nachrichten Dresden  
Hauptstadtstr. 10, 1. Stockwerk  
Telefon Nr. 20011  
Schreibmaschinen u. Kopiermaschinen:  
Dresden-K., Karlsruherstr. 28/29

Bezugspreis vom 1. bis 30. September 1928 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,70 Mk.  
Vollzugspreis für Monat September 5,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pf.  
Außerhalb Deutschlands 15 Pf. Angelegentlich: Die Anzeigen werden nach Gehalt berechnet:  
die einseitige 30 mm breite Seite 25 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienanzeigen und Stellen-  
angebote ohne Rabatt 15 Pf., zweifach 25 Pf., die 20 mm breite Reklamereihe 200 Pf., ausser-  
halb 250 Pf. Dreifach 30 Pf. Vierteljährliche Bezahlung gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Dietrich & Reichardt,  
Dresden, Holzdorfer-Str. 108a  
Kaufmannschaft für Druck, Buchbinderei  
(Dresden, Kader.) gütlich. Unverlangte  
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

## Das Rheinland protestiert

### Gegen neue Lasten und die Dauerkontrolle - Heute Kabinettsrat

Berlin, 17. Sept. Der Wirtschaftsausschuss für die besetzten Gebiete mit dem Sitz in Koblenz hat durch seinen Vorsitzenden, den Reichstagsabg. Dr. Kalle, dem Reichsminister für die besetzten Gebiete folgendes Schreiben zugehen lassen:  
In einer Sitzung des geschäftsführenden Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete, die am gestrigen Tage in Mainz stattfand, und an der Vertreter der Handelskammern, der Handwerks- und Landwirtschaftskammern aus dem ganzen besetzten Gebiet teilgenommen haben, kam als einmütige Auffassung zum Ausdruck, daß das besetzte Rheinland von der Reichsregierung erwartet, daß wegen einer früheren Klärung keinerlei über die heute schon bestehenden schweren Lasten hinausgehende neue Verpflichtungen, wie etwa die Einführung einer Dauerkontrolle, angeordnet werden. Ehe Deutschland neue Opfer zugemutet werden, will das Rheinland lieber die Belagerungsnot bis zum Endtermin tragen.

Ich beehre mich, hiervon Kenntnis zu geben, mit der Bitte, das Reichskabinet von dieser Auffassung des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete zu unterrichten.

Berlin, 17. Sept. Der Genfer Berichterstatter des „Paris Bild“ will erfahren haben, daß Reichskanzler Müller in der kommenden Woche durch eine offizielle Note die Regierungen von Paris, London, Rom und Brüssel mit den Verhandlungen über die vorzeitige Rheinlandräumung vom legalen Standpunkt aus zu befragen gedenkt.

Unsere Berliner Schriftleitung meldet noch: Der Reichskanzler Müller wird im Laufe des Dienstagvormittags wieder in Berlin eintreffen. Es verlautet, daß Groener und Dr. Hilferding ihn empfangen werden. Der Kanzler wird sobald wie möglich das Kabinet eingehend über die Bedeutung der Genfer Vereinbarungen sowie über die Verhandlungen selbst informieren. Aller Voraussicht nach wird noch am Dienstag, spätestens aber am Mittwoch eine Kabinettsitzung zur Entgegennahme des Be-

richtes vom Reichskanzler stattfinden. Wann der auswärtige Ausschuss des Reichstages zusammentreten wird, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Darüber dürfte erst im Laufe des Dienstag die Entscheidung getroffen werden. Im Ausschuss selbst dürften die Deutschnationalen an dem Verhalten des Reichskanzlers und der deutschen Delegation in Genf heftige Kritik üben. Man ist sich selbstverständlich auch in den dem Reichskanzler nahestehenden Kreisen darüber einig, daß er in Genf keine Erfolge erzielt hat.

Um den etwas peinlichen Eindruck zu verwischen, als ob der Kanzler persönlich in Genf verlaßt hätte, meint der „Demokratische Zeitungsdienst“, daß an dem Scheitern der Bemühungen des Reichskanzlers ihm nachgeordnete Amtsstellen schuld sein könnten. Natürlich eine sinnlose Behauptung. Immerhin zeigt dieser Vorgang, zu welchem politischen Kampfmittel man im Lager der Linken greift, wenn man nicht zugeben will, daß man eine Sache verloren hat. Jedenfalls ist es ein unerhörtes Stückchen, die Verantwortung dafür, daß in Genf, auf gut Deutsch gesprochen, der Reichskanzler Müller übers Ohr gehauen wurde, auf die Beamtenhaft hoher Reichsstellen abzuwälzen zu suchen.

### Die U. S. A. gegen die Verbindung der Schulden mit der Reparationsfrage

Neuport, 17. Sept. In den Genfer Besprechungen erklärt das Staatsdepartement, das Staatssekretär Kellogg auch weiterhin mit allem Nachdruck den Standpunkt vertritt, daß die Schulden an Amerika und die deutschen Reparationszahlungen zwei vollkommen getrennte Fragen seien. Auch der Dawesplan könne nicht ohne die Zustimmung Amerikas geändert werden, wobei nebenbei sei, welche Änderungen beabsichtigt wären. Selbstverständlich sei Amerika niemals bereit, offiziell an den angestreblichen Besprechungen der europäischen Mächte teilzunehmen. — Die Erklärung des Staatsdepartements beweist wieder, daß Amerika vielleicht gern sähe, einen inoffiziellen Beobachter entsenden zu können, wozu jedoch zunächst einmal eine Einladung ergoßen müßte.

## Allgemeine Enttäuschung in Berlin

Berlin, 17. Sept. Die Berliner Blätter nehmen am Montagabend ziemlich ausführlich zum Abschluß der Genfer Rheinlandsverhandlungen Stellung und stellen dabei übereinstimmend das magerere Ergebnis der Besprechungen fest. Der „Vorwärts“ meint, die Lage sei noch ungelöst. Der erste Eindruck gehe dahin, daß es sich um keinen Durchbruch, aber auch um keine Einigung, sondern um eine Vertagung handele. Allerdings sei die Vertagung nicht so zu verstehen, als ob man keinerlei positive Ergebnisse erzielt hätte. Zum ersten Male sei offiziell über einen deutschen Räumungsantrag gesprochen worden. Müller habe dargelegt, warum die Reichsregierung nur dann auf den französischen Vorschlag eingehen könne, wenn die Zeitdauer der Kontrolle auf das Jahr 1928 beschränkt würde. Briand habe Müller gefragt: „Ist das Ihr letztes Wort?“ Müller habe erwidert: „Ja, wohl, und ich kann um so weniger davon abgehen, als ich mich in vollem Einvernehmen mit dem Kabinet befinde, das den Willen der Volksvertretung darstellt.“

Das „B. Z.“ erklärt, Frankreich habe eine ausgezeichnete Gelegenheit, die Atmosphäre des Vertrauens und der Verständigung wieder herzustellen, veräuft. Das Blatt weist ferner darauf hin, daß die Unklarheit des Kommanqués über die Zeitdauer der Feststellungs- und Schlichtungskommissionen schnellstens beseitigt werden müsse im Sinne der unzweideutigen Feststellung, die der Reichskanzler getroffen habe. — Die „Völkische Zeitung“ erklärt: In der Räumungsfrage sei ein gewisser Erfolg erzielt worden. Ganz offiziell seien nunmehr Verhandlungen über die Räumung eröffnet worden. Der greifbarste Erfolg der Genfer Verhandlungen sei natürlich die Anerkennung der Notwendigkeit einer vollständigen und endgültigen Regelung des deutschen Reparationsproblems. Nunmehr sei die Möglichkeit gegeben, auch vor den amerikanischen Präsidentenwahlen den Versuch zu machen, eine Einigung Deutschlands in den Reparationsfragen einzugehen.

Die „Germania“ verzeichnet unter Anerkennung der festen Haltung der deutschen Delegation in den wichtigsten deutschen Belangen Enttäuschung in Berliner politischen Kreisen über den negativen Ausgang der Genfer Besprechungen. Das Blatt ergreift nach dem sich das gegenwärtige Reichskabinet gebunden hat, daß eine Kontrolle im Austausch für die Räumung über den Verfall der Vertrag hinaus unter keinen Umständen anerkannt werden kann, wird es schwerlich eine deutsche Reagierung geben, die einen anderen Standpunkt vertreten könnte.

Die „D. N. Z.“ führt aus: Es sei dringend zu wünschen, daß die Vereinigten Staaten in der in Genf vorgesehene Regelung der Reparationsfrage nicht etwa die Bildung einer einheitlichen Front Europas gegen den großen Gläubiger jenseits des Wassers erblicken. In eine solche Front gehöre Deutschland unter gar keinen Umständen hinein. Die Restitutionsaktion der deutschen Regierung schlicke mit voller Klarheit ab. Als Rückwirkung von Locarno verlaßt nicht ein einziger französischer Soldat das besetzte Gebiet. Ein öffentlicher Bruch sei nicht eingetreten. Ein sehr großes Minus sei die prinzipielle Anerkennung der Einigung einer Kontrollkommission. Die „Deutsche Zeitung“ meint, das Gesamtkabinet müsse aus dem Zusammenbruch seiner Politik die Folge-

rungen ziehen und sofort den Rücktritt erklären. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt, die Atmosphäre sei heute ungünstiger als vor dem deutschen Schritt in Genf. Durch seine Zustimmung zur Feststellungskommission habe Deutschland eine neue schwerwiegende Konfession gemacht. — Der „Völkische Anzeiger“ betont, man habe auf französischer und englischer Seite für die Augen der Welt aus diesem Kompromiß das gemacht, was man ursprünglich beabsichtigte: die Einleitung zu einer weiteren Unterwerfung Deutschlands unter das System der Völkerverträge. — Die „Arens-Zeitung“ sagt: Es bestehe die Möglichkeit, daß Deutschland durch einen solchen Dreh in der Reparationspolitik mit Amerika in Verwicklungen gerate, ja, man könne wohl geradezu sagen, daß es in der Absicht der französischen Politik liege, Deutschland für eine Front gegenüber den Vereinigten Staaten zu gewinnen, wobei es sich des Rheinlandes als Druckmittel bedienen wolle. Bei der vorläufigen Unmöglichkeit einer Regelung des Reparationsproblems würde also die Räumung der dritten Zone ins Unendliche verzögert werden.

### London für schnelle Räumung?

Genf, 17. Sept. Von gut unterrichteter englischer Seite wird heute erklärt, daß in den privaten Unterhaltungen zwischen Briand und Lord Cuffenden der englische Delegierte mehrfach den Standpunkt vertreten habe, daß die Frage der Räumung des Rheinlandes möglichst bis zu den Neuwahlen in England im April des nächsten Jahres endgültig geregelt sein müsse. Die englische öffentliche Meinung begreife es nicht, aus welchen Gründen nach der Unterzeichnung des Locarno- und nunmehr auch des Kellogg-Paktes die Besetzung des Rheinlandes fortbauere.

Da es sich jedoch hierbei um eine Frage handele, die in erster Linie die französische Regierung angehe, so werde die englische Regierung sich nicht unmittelbar in diese Frage einmischen.

Ferner ist, wie mitgeteilt wird, von englischer Seite in den Verhandlungen mehrfach erklärt worden, daß die Räumung der zweiten Rheinlandszone sobald als möglich zu erfolgen habe, obwohl England auch an dieser Frage nicht unmittelbar beteiligt sei. Es würde jedoch ein Zeichen des guten Willens sein, wenn jetzt die zweite Zone geräumt werden würde. — Mit solchen platonischen Erklärungen ist und leider — wie die Ergebnisse von Genf zeigen — in keiner Weise genügt.

In ähnlichen Londoner Kreisen wird über das Ergebnis der Genfer Konferenz Befriedigung ausgedrückt und die Ansicht vertreten, daß die erzielte Entscheidung als wichtiger Fortschritt angesehen werden könne. „Star“ schreibt in einem Leitartikel, Deutschland fordert sofortige bedingungslose Räumung, und es ist bemerkenswert, daß der beste Teil der englischen öffentlichen Meinung diese Forderung aufhebt. Frankreich bestand jedoch darauf, ausgedehnt zu werden, und Deutschland scheint zugestimmt zu haben. Es ist bedauerlich, daß England Frankreich zu einem Triumph der Beharrlichkeit verhalf.

## Politische Novelle

(Von unserem Pariser Mitarbeiter)

Paris, 14. September.

Unter dem Titel „Politische Novelle“ ist in diesem Frühjahr kurz vor den Neuwahlen zum Reichstag in einem Berliner Verlag\*) ein Buch erschienen, das man kurz als eine komödiantische Groteske abtun könnte, wenn nicht die allerletzten politischen Ereignisse und ganz besonders die kalte Dusche, die Briand in seiner Genfer Rede den Deutschen gegeben hat, auch dem Verbliebensten deutlich bewiesen hätten, welche gefährliche Ideologie in politischen Dingen solche Bücher im neuen republikanischen Deutschland mit großem Erfolg haben. Bis weit in die Kreise unserer verantwortlichen Politiker und Diplomaten reicht diese Ideologie hinein. Durch seinen „Trenn“ und „Die Tage des Königs“ hat sich Bruno Frank auch über die Masse der gewöhnlichen Romanleser hinaus einen gewissen Namen erworben. In beiden Büchern wird vom Alten Fritz gehandelt, und dieser ist auch im neuen Deutschland so populär, daß sein Name genügt, um die Leser anzulocken. Die pikante Schilderung des historischen Milieus, in der der Verfasser hier exzellierte, tat das übrige. Wenn also hier die Größe des gewählten Gegenstandes dem Schriftsteller zu Hilfe kam, so kann davon bei der „Politischen Novelle“ keine Rede sein. Pikant ist sie zwar auch, aber im banalen Sinne des Wortes. Die Größe aber existiert diesmal nur in der Einbildung eines keineswegs von rein dichterischer Inspiration getriebenen heillosungsnarrigen Apokalyptikers der Socarnopolitik. Wenn damit auch noch lange kein Kunstwerk zustande kommt, so doch sicher ein gutes Geschäft. Die Personen sind ein deutscher Staatsmann, namens Carmer, natürlich ein wackelnder Linker, und deren Stern mit dem Siege der Linken bei den neuen Reichstagswahlen aufgeht, ein Franzose, namens Achille Dorval, ein singulierer Name für Briand, und deren beider Sekretäre, die Erlanger und Bloch heißen. Die beiden Staatsmänner treffen sich in Cannes an der Riviera. Ihr langes Gespräch in einem der dortigen Palasthotels, das sie beim schmachtenden Mahl in einem Landhause fortsetzen, bildet den Hauptinhalt der ganzen Geschichte. Wenn der Dichter und Erzähler nach Goethes Ansicht auch das Recht hat, die Wesen seiner Phantasie und Einbildung in die Wirklichkeit zu übertragen, so bleibt ihm doch die höchste Pflicht, dieser eingebildeten Wirklichkeit in der Wahrheit zu geben, und mit um so schärferen Sinnen wird der Leser dieser inneren Wahrheit nachspüren, wenn der Dichter mit seinen Gestalten in die lebendige, uns allen bitterlich nahe Gegenwart hineingreift. Ich will mit ihm nicht über die Staffage, nicht über die zum Teil stark danebengeratene Schilderung von Milieu und Landschaft, die mir seit langen Jahren innig vertraut sind, rechten, auch nicht über seine erst deutsche Vorliebe für dazu noch öfters höchst banal verwendete Fremdwörter („Descartes“, der gegen Leibniz so episch unterlag“ und ähnliche), sondern es soll genügen, hier von Paris aus auf die durch und durch verlogenen Schilderung seines Dorval-Briand hinzuweisen, der auch jegliche Spur von typischer Wahrheit fehlt. Nicht einmal der „schlecht gemachte Ueberzieher“ und der „ungeheißerliche Stiefel mit der Silberkrüde“ stimmen, noch tausendmal weniger aber das innere Bild des Franzosen. „Die einfache Idee der Gerechtigkeit und der Freiheit hat seine Augen so klar gehalten.“ Dementsprechend hat dieser friedliche, gute, alte Mann ebenso klare Erkenntnisse, die er in dem „langen, friedlichen Gespräch“ mit dem Deutschen zum besten gibt. Außer seinem guten Europäertum und seiner leidenschaftlichen Friedensliebe, die wir reichlich von seinen Kammer- und Senatsreden her kennen, hören wir auch aus seinem Munde, daß in Frankreich „von einer anständigen Rechtspflege, von sozialen Gesetzen, von Freiheit der Bildungsmittel nichts vorhanden“ ist, und daß die Franzosen, um das zu korrigieren, die Deutschen brauchen, ebenso wie sie in ihren Spitälern „die guten deutschen Medikamente“ nötig haben. „Es ist ja nicht einseitig“, sagt Dorval-Briand, „daß wir ewig leiden sollen, nur weil die Söhne Karls des Großen sich damals benommen haben wie Dummköpfe.“ Wie einfach doch Herr Bruno Frank die Geschichte stellt, belnabe so einfach, wie sein deutscher Idealstaatsmann Carmer, der von den Ergüssen seines französischen Gegenübers so entzückt ist, daß er ihn „am liebsten in die Arme schließen“ möchte. Aber „von der Besetzung im Rheinland“ können die beiden nicht gut miteinander sprechen, weil „die gewissenhaften Hüter der öffentlichen Meinung“ (gemeint ist jedenfalls die Presse) „dafür sorgen, daß sich dies alberne Sinnbild den Deutschen immer neu als Schmach in ihr Fleisch brannte“.

Der Deutsche, der voll von „Sagazität“ ist, bezeichnet die Vaterlandsliebe, die ihn als Offizier im Weltkrieg beleitete, als eine „Welle von heroischer Unvernunft“. Er hat erkannt, daß sein Mitmachen damals ein „Verrat am Geiste“ war, und daß man „vielleicht als Franzose geboren werden muß, um so glücklich zu sein“, wie Herr Dorval-Briand. Doch genug des grausamen Spiels. Wenn es noch einer Widerlegung dieser pazifistischen Ideologie bedürfte, so hat sie Herr Briand selbst in seiner neuesten Genfer Rede glänzend gegeben. Damit könnte man die Sache erledigt sein lassen, aber da diese Ideologie in Deutschland eine fressende

\*) Bruno Frank: „Politische Novelle“. 1928. Ernst-Monoth-Verlag, Berlin.